

Plenar-Pressegespräch

Montag, 11. November 2024

Vorstellung der Initiativen der
CDU-Landtagsfraktion für die Plenarsitzungen
am 13. und 14. November 2024

mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion
Gordon Schnieder

1) Antrag:

**9-Punkte-Sofortprogramm für
den Weinbau in Rheinland-Pfalz**

2) Antrag:

**Vertragsgrundlage mit den Islamverbänden:
Existenzrecht Israels anerkennen**

3) Antrag:

**Organisierte Kriminalität stoppen,
Schwarzmarkt eindämmen, Bevölkerung schützen,
Cannabis-Legalisierung beenden**

1) Antrag:

9-Punkte-Sofortprogramm für den Weinbau in Rheinland-Pfalz

Die CDU-Fraktion legt bei der Hilfe für Winzerinnen und Winzer nach und bringt in der kommenden Woche ein 9-Punkte-Sofortprogramm in den rheinland-pfälzischen Landtag ein.

Wein ist Wirtschaft, Wein ist Kultur, deshalb müssen wir den Winzerinnen und Winzern als Land dringend unter die Arme greifen. Mit vielen Betroffenen stehen wir im Austausch. Durch ihre Rückmeldungen können wir dem Parlament nun neun konkrete Vorschläge vorlegen, die unmittelbar wirken.

Die Lage für Winzerinnen und Winzer in Rheinland-Pfalz ist sehr ernst. Neben den Ernteaussfällen aufgrund von Frostschäden, kämpfen die Weinbaubetriebe vor allem mit stark gestiegenen Kosten durch Inflation und Mindestlohn-Erhöhung, mit einer Kaufzurückhaltung durch die aktuelle Rezession, aber auch mit einem Überangebot auf dem internationalen Weinmarkt.

Der Weinbau in Rheinland-Pfalz steckt in einer strukturellen Krise. Es besteht die reale Gefahr, dass es in den nächsten Monaten zu einer signifikanten Anzahl an Betriebsaufgaben im ganzen Land kommen wird. Dies hätte enorme Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und unsere einzigartige Kulturlandschaft. Es muss unser politisches Ziel sein, mit Forschung und Innovation, aber vor allem auch mit planbaren und verlässlichen Rahmenbedingungen unseren über 6.500 Weinbaubetrieben in den sechs Anbauregionen eine Perspektive zu geben, um am Markt bestehen zu können.

Folgende neun Punkte umfasst das Sofortprogramm, das die CDU-Fraktion in der kommenden Woche in den Landtag einbringt:

1. Eintreten für die Rücknahme der von der Ampel erfolgten Streichung der Agrardieselmrückerstattung, sowie für die Einführung der steuerlichen Risikoausgleichsrücklage einzutreten.
2. Zulassung von Kalium-Phosphonat für den Ökoweinbau, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Pflanzen brauchen gezielten Pflanzenschutz.
3. Personelle Stärkung der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR). Die DLRs sind ein wichtiger Partner, wenn es um die Beratung, Forschung und Lehre geht. Der Beratungsbedarf steigt auf Grund klimatischer Veränderungen und europa-rechtlicher Rahmenbedingungen seit Jahren kontinuierlich.
4. Erhöhung des Steillagenzuschusses. Die Bewirtschaftung in den Steillagen ist besonders aufwändig und hier laufen den Betrieben die Kosten davon. Gleichzeitig stagnieren die Landesmittel seit Jahren. Eine Stilllegung der Steillagen hätte gravierende Folgen für unsere einzigartige Kulturlandschaft.
5. Ein Sofort-Programm für die Landwirtschaft bei der ISB. Betriebe müssen unbürokratisch zinslose Darlehen erhalten.
6. Einführung der sog. „Rotationsbrache“: Winzer können dann Teile ihrer Flächen roden und Biodiversitätsmaßnahmen wie Blühstreifen durchführen, ohne dass die Pflanzrechte verloren gehen. Dafür muss eine Prämie in Höhe von 3.500 Euro pro Hektar pro Jahr eingeführt werden.

7. Etablierung einer selbstbewussten und international ausgerichteten Marketingkampagne für Weine aus Rheinland-Pfalz: Unsere Weine sind mit die Besten auf der ganzen Welt. Darauf können wir stolz sein und das muss sich in der Vermarktung widerspiegeln.
8. Anpassung der Landesbauordnung sowie des Gaststättenrechts, um bestehende Defizite bei den Vermarktungsmöglichkeiten der Betriebe zu beheben. Eine einfache Direktvermarktung der Weine ab dem Weingut muss unkompliziert möglich sein.
9. Einberufung eines Weinbau-Gipfels mit allen relevanten Akteuren. Hier können gemeinsam mittelfristige strukturelle Lösungen erarbeitet werden.

2) Antrag:

Vertragsgrundlage mit den Islamverbänden:

Existenzrecht Israels anerkennen

Die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz sind erschüttert über die zunehmende Ausbreitung des Antisemitismus.

Für die nächste Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtags am 13. und 14. November bringt die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag in die Debatte ein, der ein klares Bekenntnis der Islamverbände, als Vertragspartner des Landes Rheinland-Pfalz, zum Existenzrecht Israels fordert.

Auch der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung vom 07.11.2024 einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FPD mit dem Titel „Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ beraten und beschlossen. Neben vielen anderen

wichtigen Punkten hat der Deutsche Bundestag auch festgestellt, dass keine Organisation und keine Projekte finanziell gefördert werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen.

Mit der zunehmenden Ausbreitung des Antisemitismus können, dürfen und werden wir uns nicht abfinden. Als CDU-Landtagsfraktion treten wir Judenhass entschlossen gegenüber und das schon seit vielen Jahren. Bundesweit steigen derzeit antisemitische Straftaten stark an. Auch in Rheinland-Pfalz hat sich seit dem 7. Oktober 2023 die Situation für Jüdinnen und Juden entschieden verschlechtert.

Wir müssen und werden alles tun, um jüdisches Leben in Deutschland zu schützen. Jüdinnen und Juden müssen in Rheinland-Pfalz sicher und angstfrei leben können. Wo jüdisches Leben nicht mehr möglich ist, ist auch demokratisches Leben nicht mehr möglich. Die CDU-Landtagsfraktion steht an der Seite Israels – an der Seite aller Jüdinnen und Juden. Es ist unerträglich und durch nichts zu rechtfertigen, dass der Hamas-Terrorismus öffentlich bejubelt, Antisemitismus auf Demonstrationen propagiert oder das Existenzrecht Israels geleugnet wird. Auch bei uns in Deutschland lebten und leben antisemitische Ressentiments wieder auf. Insbesondere in den Schulen und in der sozialen Welt konnte dies besonders stark und deutlich beobachtet werden.

In einem gemeinsamen Antrag von Januar 2024 ([Drucksache 18/8570, Kein Platz für Israelhass und Antisemitismus an unseren Schulen – Hamas-Terror, Nahostkonflikt und historische Verantwortung Deutschlands im Unterricht thematisieren](#)) begrüßen die Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FREIE WÄHLER die Positionierung der Landesregierung zum Existenz- und Verteidigungsrecht Israels. Diese Positionierung erwarten wir, als CDU-Landtagsfraktion, ausdrücklich aber auch von den Vertragspartnern des Landes – konkret von den Islamverbänden (Islamische Religionsgemeinschaft DITIB Rheinland-Pfalz e.V., Schura Rheinland-Pfalz, Landesverband der Muslime e.V., Landesverband Islamischer Kulturzentren Rheinland-Pfalz e.V. und Ahmadiyya Muslim K.d.ö.R.), mit denen das Land derzeit eine

Zielvereinbarung erarbeitet. Dieses Bekenntnis der Islamverbände ist längst überfällig. Bis heute ist dahingehend nichts passiert. Schweigen die Verbände weiter müssen die Gespräche der Landesregierung für eine Zielvereinbarung mit den islamischen Verbänden abgebrochen werden. Der Abschluss eines Staatsvertrages mit Vereinen und Verbänden, die sich nicht klar und eindeutig zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zum Existenzrechts Israels – als Teil der deutschen Staatsräson – bekennen, kommt nicht in Frage. Eine entsprechende Positionierung der Islamverbände wäre zudem ein klares und eindeutiges Zeichen gegen Antisemitismus und Israel-Hass.

Als CDU-Landtagsfraktion sind wir der Auffassung, dass mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um jüdisches Leben in Deutschland, in Rheinland-Pfalz im speziellen, zu schützen. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson und der Schutz jüdischen Lebens bei uns liegt zweifelsohne in der Verantwortung des staatlichen Handelns. Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz gehört in unsere Mitte. Es gibt sicher Anknüpfungspunkte, denn wir brauchen eine gemeinsame Strategie beim Thema Migration. Hier haben wir der Landesregierung ein gemeinsames Vorgehen angeboten.

CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf,

1. in den Gesprächen mit den Islamverbänden bei diesen eine deutliche und eindeutige Positionierung zum Existenz- und Verteidigungsrecht Israels einzufordern.
2. die Gespräche mit den Islamverbänden über den Abschluss eines Staatsvertrages unmittelbar abubrechen, sofern sich diese nicht ausdrücklich und eindeutig zum Existenz- und Verteidigungsrecht Israels bekennen.
3. keinen Staatsvertrag mit Verbänden zu schließen, sofern sich diese nicht ausdrücklich und eindeutig zum Existenz- und Verteidigungsrecht Israels bekennen.
4. einen Lehrstuhl für „Jüdische Kultur und Geschichte“ an der Johannes-Gutenberg-Universität einzurichten.

5. den Schutz jüdischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz im Gespräch mit den jeweiligen jüdischen Gemeinden zu evaluieren und ggf. zu verbessern.
6. darauf hinzuwirken, dass antisemitische Straftaten in den polizeilichen Kriminalstatistiken des Bundes und der Länder entsprechend ihres tatsächlichen politischen Hintergrunds erfasst werden.
7. darauf hinzuwirken, dass gegen Demonstrationen, welche die Grenzen der Meinungsfreiheit durch das Verbreiten von Hass und Hetze überschreiten, konsequent vorgegangen wird. Dazu gehört das Ausschöpfen aller rechtsstaatlicher Mittel bis hin zu strafrechtlichen und aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen.

3) Antrag:

Organisierte Kriminalität stoppen, Schwarzmarkt eindämmen, Bevölkerung schützen, Cannabis-Legalisierung beenden

Derzeit passiert das, wovor sowohl Polizei- und Justizvertreter als auch wir Christdemokraten im Zuge der Cannabis-Legalisierung immer wieder nachdrücklich gewarnt haben: der kriminelle Schwarzmarkt-Handel blüht und weitet sich aus. Deutschland wird unsicherer – und damit auch Rheinland-Pfalz.

Im Nachbarland Nordrhein-Westfalen eskaliert die Situation bereits – jüngste Explosionen in und um Köln gehen offenbar auf Auseinandersetzungen im Drogenmilieu zurück. Wir befürchten, dass die Drogengewalt aus NRW auch nach Rheinland-Pfalz schwappt.

Bundes- und Landesregierung sind mit ihrem Legalisierungsplan gescheitert. Die Freigabe von Cannabis hat zu mehr Konsum und einer höheren Nachfrage nach Marihuana und Haschisch geführt. Viele Fachleute registrieren seit der Legalisierung eine gesteigerte Nachfrage nach Cannabis und beziffern den jährlichen Cannabis-Konsumbedarf deutschlandweit aktuell auf über 400 Tonnen, Tendenz weiter steigend. Diese enorme Menge können der legale Eigenanbau und die sog. Cannabis-Clubs nicht ansatzweise decken. In Rheinland-Pfalz sind bisher lediglich drei (!) Anträge auf Gründung und Betrieb einer Anbauvereinigung genehmigt. Mit dem Beginn einer legalen Produktion ist frühestens in ein paar Monaten zu rechnen. Für Banden besonders aus den Niederlanden – Mocro-Mafia – ist der Schwarzmarkt damit nun überaus attraktiv; sie pumpen im großen Stil Drogen in den Markt. Wir stehen vor einer rasant zunehmenden, immer brutaler werdenden Drogenkriminalität.

Die Cannabis-Legalisierung muss sofort gestoppt werden. CDU-Landtagsfraktion bringt Antrag dazu für die Plenartage am 13. und 14. November auf den Weg.

Außerdem machen wir uns auch Sorgen um die Gesundheit der Gesellschaft: Ich Sorge mich besonders um unsere Kinder und Jugendlichen. Cannabis-Konsum hat schwere Folgen für die Gesundheit und verursacht oftmals Panikattacken und neben Aufmerksamkeits- und Konzentrationsstörungen auch weitere gesundheitliche Probleme.

Die CDU-Landtagsfraktion warnt seit Beginn des Gesetzgebungsvorhabens zur Cannabislegalisierung eindringlich vor den Folgen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass auch die anvisierten Ziele, nämlich u. a. Eindämmung des Schwarzmarktes, Reduzierung des Cannabiskonsums und Begrenzung der organisierten Kriminalität nicht erreicht werden, sie sich vielmehr ins Gegenteil verkehren.

Auch vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Berlin fordern wir die Landesregierung auf, im Bundesrat die Initiative zu ergreifen und die Bundesregierung aufzufordern, das kürzlich beschlossene Konsum-Cannabisgesetz sofort außer Kraft zu setzen.